

■ Beratungs- und Hilfsangebote rund um das Thema Rechtsextremismus

EINE INFORMATION DER SPD-LANDTAGSFRAKTION MV

Regionalzentren und Opferberatungsstellen

Regionalzentrum Bad Doberan

Telefon: 0172-6 03 06 18
Mail: baddoberan@regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum Ludwigslust

Telefon: 0160-7 47 40 27
Mail: westmecklenburg@raa-mv.de

Regionalzentrum Stralsund

Telefon: 0176-64 62 40 80
Mail: stralsund@regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum Neubrandenburg

Telefon: 0178-9 30 49 41
Mail: cjd.becker@gmx.de

Regionalzentrum Anklam

Telefon: 0160-7 47 40 31
Mail: suedvorpommern@raa-mv.de

LOBBI Ost

Sitz: Neubrandenburg
Telefon: 0395-4 55 07 20
Mail: ost@lobbi-mv.de

LOBBI West

Sitz: Rostock
Telefon: 0381-2 00 93 77
Mail: west@lobbi-mv.de

Ansprechpartner in der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern

Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Telefon: 0385-525 2360
Fax: 0385-525 2320
E-Mail: pressestelle@spd.landtag-mv.de
Internet: www.spd-fraktion-mv.de



ENDSTATION RECHTS. Informationsportal zum Thema NPD und Rechtsextremismus

Aktuelle News, Videos und Kommentare zum Wirken der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern finden Sie unter:
www.endstation-rechts.de

HINWEIS: Diese Veröffentlichung der SPD-Landtagsfraktion M-V dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

EINE INFORMATION DER SPD LANDTAGSFRAKTION M-V

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion MV, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,
V.i.S.d.P.: Dr. Tordis Batscheider *Titelfoto:* Cornelius Kettler, Schwerin
Fertigung: Digital Design GmbH Schwerin (1. Auflage)



Der Schweriner Weg

Zum Umgang der demokratischen Fraktionen mit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern



SPD

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Seit September 2006 sitzt mit der NPD erstmals eine Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, die antidemokratische Ziele verfolgt: die NPD will erklärmaßen das System der parlamentarischen Demokratie abschaffen. Nur aus diesem Grund sitzen ihre sechs Abgeordneten im Landtag: sie wollen die Möglichkeiten der Demokratie dazu missbrauchen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören. Nicht von ungefähr befinden sich unter den Fraktionsmitarbeitern der NPD, die hier mit lukrativen Jobs versorgt werden, auch vorbestrafte Gewalttäter.

Die 65 Abgeordneten der vier demokratischen Fraktionen standen im Jahre 2006 vor der Frage, wie sie mit dieser Gefahr für unsere politische Ordnung umgehen sollten. Die Erfahrungen mit dem Untergang der Weimarer Republik haben gezeigt, dass die mangelnde Einigkeit unter den Demokraten damals mitverantwortlich war für die Machtergreifung durch Hitler. Diesen historischen Fehler wollen die demokratischen Kräfte in diesem Land auf keinen Fall ein zweites Mal begehen und haben sich daher darauf verständigt, bei der Verteidigung der Demokratie gegen die Rechtsextremisten an einem Strang zu ziehen. Konkret bedeutet das in der parlamentarischen wie außerparlamentarischen politischen Arbeit:

1. Zu jedem Antrag, der von der NPD-Fraktion eingebracht wird, entgegnet für die demokratischen Fraktionen jeweils nur ein einziger Abgeordneter bzw. eine einzige Abgeordnete.

Die NPD-Anträge werden nicht einfach nur abgelehnt, es erfolgt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremisten. Aber die demokratischen Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass jeweils nur ein/e Abgeordnete/r im Namen aller anderen Fraktionen auf NPD-Anträge antwortet. Damit wird die Einigkeit der Demokraten gegen die Antidemokraten demonstriert. Und es wird verhindert, dass eine kleine demokratiefeindliche Fraktion, die von 93 % der Wählerinnen und Wähler nicht gewählt wurde, die parlamentarische Arbeit mit polemischen, unsachlichen und volksverhetzenden Anträgen blockiert.

2. Jeder Antrag, der von der NPD-Fraktion eingebracht wird, wird von den demokratischen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die NPD keine „normale“ Partei ist, die sich mit ihren Standpunkten an der politischen Willensbildung beteiligt. Die NPD verfolgt bei allem, was sie tut, verfassungsfeindliche Ziele, auch wenn dies auf den ersten Blick nicht immer sofort zu erkennen ist. Daher wird ihr der normale Umgang, wie er zwischen den demokratischen Fraktionen üblich ist, verwehrt. Mit der generellen Ablehnung der NPD-Positionen durch alle demokratischen Abgeordneten wird zugleich deutlich gemacht, dass sich die demokratischen Kräfte nicht auseinanderdividieren lassen, sondern geschlossen den Feinden unseres demokratischen Systems entgentreten.

3. An politischen Informations- und Diskussionsveranstaltungen außerhalb des Parlaments nehmen die demokratischen Abgeordneten nur dann teil, wenn kein Vertreter der NPD eingeladen ist.

Die demokratischen Kräfte wehren sich auf diese Weise dagegen, dass die NPD mit ihnen auf eine Stufe gestellt und damit allmählich legitimiert wird. Wer wie der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern in verschiedenen Reden die Rückerobung der ehemaligen Ostgebiete fordert – was nach Lage der Dinge nur mittels Krieg möglich sein dürfte – , wer gegen ein „Europa der jüdischen Krämer“ agitiert, wer in spätestens 10 Jahren das „System“, das wir parlamentarische Demokratie nennen, überwunden haben will, um seine Gegner einer „gerechten Strafe“ zuzuführen, wer die Wehrmacht sowie den Zweiten Weltkrieg verherrlicht, der ist kein Gesprächspartner für Demokraten. Die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen werden daher niemals außerhalb der Arbeit im Parlament mit einem NPD-Vertreter auf einem Podium sitzen, um nicht dazu beizutragen, dass die menschenverachtende und gewaltverherrlichende Sichtweise der Rechtsextremisten Schritt für Schritt gesellschaftliche Akzeptanz gewinnt.